

Tempo-30-Zone – Kreispolitik will sich gegen Verwaltung durchsetzen

Geschwindigkeitsbegrenzung vor Schule und Kita – hat der Kreisausschuss wirklich das letzte Wort? Verkehrsministerium hat dazu eine klare Meinung

Von Ulrike Kohrs

Kreis Hildesheim. Mehr Tempo-30-Zonen vor Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen – das ist weiterhin erklärtes Ziel der Kreispolitik. Und tatsächlich ist auch auf einigen Streckenabschnitten vor solch sogenannten „sensiblen Einrichtungen“ die Geschwindigkeit entsprechend reduziert worden. Erst im vergangenen November waren sechs weitere Abschnitte dazugekommen. Doch zufrieden sind längst noch nicht alle. So gibt es beispielsweise weiterhin für die Kindertagesstätte St. Dionys in Hotteln diese Forderung und für einen Bereich Grundschule, Kita, Sporthalle und Sozialstation in Groß Düngen. Beide Fälle sind seit längerer Zeit Thema in der Kreispolitik – und waren es auch am Dienstag im Fachausschuss für Verkehrssicherheit, Verbraucher- und Bevölkerungsschutz. Erneut haben Politik und Verwaltung sehr unterschiedliche Ansichten zu den jeweiligen Situationen. Doch in einem Fall will die Politik nun durchgreifen.

Beide Anträge auf Tempo-30-Zonen lehnte der Landkreis Hildesheim ab. Weil sowohl in Hotteln als auch in Groß Düngen die gesetzlichen Bedingungen dafür nicht erfüllt seien. Damit sei ein Tempolimit rechtlich nicht haltbar. Das sieht die Politik nicht so – mehrere Ausschussmitglieder wurden grundsätzlich. „Sie könnten anders wenn Sie wollten, aber Sie wollen nicht“, warf Henrik Jacobs (FDP) der Kreisverwaltung vor. Friedhelm Prior (CDU) ging sogar soweit, zu erklären, dass der Landkreis das gar nicht zu entscheiden hätte und sich einer entsprechenden Anordnung durch die Politik nicht widersetzen könne.

Für Hotteln wird es offenbar keinen Beschluss für eine Tempo-30-Zone am Kindergarten geben. Mehrheitlich lehnte der Fachausschuss einen Antrag von FDP und Unabhängigen ab, auch weil der Druck in Hotteln zu dem Thema offenbar gar nicht groß sei.

Anders in Groß Düngen. Dort sind nicht nur vier sensible Einrichtungen betroffen, sondern gibt es auch eine klare Haltung im Ort und in der Stadt Bad Salzdetfurth dazu. Die hatte Ortsbürgermeisterin Aloysia Bonnke schon in der Einwohnerfrage deutlich gemacht. Sie schilderte die Verkehrslage an der Bundesstraße auf Höhe von Schule und Kita, die durch erhöhtes Auto-



Sozialstation, Kita, Grundschule und Sporthalle haben ihren Sitz an der viel befahrenen Hildesheimer Straße in Groß Düngen. Doch eine geforderte Tempo 30-Zone wurde bisher immer vom Landkreis abgelehnt. Jetzt will die Politik durchgreifen. FOTO: ULRIKE KOHRS

aufkommen am Morgen, ankommende Schulbusse, Radfahrer und Fußgänger sehr wohl unübersichtlich sei und Gefahrenpotenzial berge. Sie widersprach den Argumenten der Verwaltung, die bereits mehrfach Tempo 30 in dem Bereich abgelehnt hatte. Straßenverkehrsamtsleiterin Angela Geweke verwies dabei im Ausschuss auf eine Stellungnahme des Niedersächsischen Verkehrsministeriums, das der Ansicht des Landkreises entsprechen habe. „Wir haben das Gefühl, es wird so lange nach Argumenten gesucht, bis man aufgehört danach zu fragen“, ärgerte sich Bonnke. Und erhielt insbesondere von Martin Hauk (SPD) Schützenhilfe, der von einem „erheblichen Gefahrenpotenzial“ sprach. Hauk appellierte an die Verwaltung, die Angelegenheit noch einmal zu überdenken.

Doch es kam dann anders. Prior signalisierte die CDU-Zustimmung, wenn die Mehrheitsgruppe einen Antrag für Tempo 30 an der Groß Dünger Schule vorlege. Ungeachtet der Ansage des Landkreises hält

”

Und dann muss das auch umgesetzt werden.

Florian Mosig
Sprecher des
Niedersächsischen
Verkehrsministeriums

Prior ohnehin den Kreisausschuss oder den Kreistag für zuständig, wenn es um die Entscheidung für oder gegen das geforderte Tempolimit ginge. Also solle sich der Kreisausschuss doch nun damit beschäftigen. So soll es offenbar auch kommen. Der Fachausschuss erklärte den Tagesordnungspunkt für behandelt und machte damit den Weg für das höhere Gremium frei. Und dann?

Florian Mosig, Sprecher des Verkehrsministeriums, kennt den Fall Groß Düngen und bestätigt, dass seine Behörde um Stellungnahme des Landkreises gebeten wurde. „Wir haben darin erklärt, dass wir die Haltung des Landkreises nachvollziehen können“, sagt Mosig. Allerdings sagt er auch: Der Kreisausschuss kann sehr wohl dennoch Tempo 30 beschließen, weil er dafür zuständig ist. „Und dann muss das auch umgesetzt werden“, so Mosig. Das letzte Wort über die Angelegenheit sei damit aber noch nicht gesprochen. „Das Ministerium kann als oberste Verkehrsbehörde

aufgefordert werden, zu prüfen, ob die ausgeführte Anordnung rechtmäßig ist“, sagt der Pressesprecher. Diese Überprüfung könne ein Bürger anstoßen oder eine andere Behörde, zum Beispiel die Straßenmeisterei, die mit dem Aufstellen der notwendigen Schilder beauftragt würde.

Einer solchen Überprüfung will Mosig nicht vorgreifen. Er verweist auf die aktuelle Straßenverkehrsordnung, die schreibe Tempo 50 für Durchgangsstraßen vor, erst recht, wenn es sich um eine Bundesstraße handle. Er erinnert aber auch an das bundesweite Bemühen, die Straßenverkehrsordnung zu reformieren, um künftig auch auf solchen Straßen Geschwindigkeitsbegrenzungen möglich zu machen. Mehr als 900 Kommunen gehören inzwischen der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ an, die sich dafür einsetzt. Auch in der Region Hildesheim sind einige Kommunen auf politischen Beschluss beigetreten. Der Landkreis Hildesheim allerdings noch nicht.